

Bremen, 15.08.2018

B e s c h l u s s

des Beirates Obervieland vom 14. August 2018

Standortentwicklung Klinikum Links der Weser

— Die ambulante und stationäre medizinische Versorgung der Menschen im Stadtteil ist, bedingt durch die Bevölkerungsentwicklung und den fortschreitenden Fachkräftemangel im Gesundheitswesen mittlerweile als unzureichend zu bewerten.

Insbesondere der Bedarf an wohnortnaher Versorgung mit psychiatrischen, kinder-, geburts-hilflichen und altenmedizinischen, ambulanten notfallmedizinischen (außerhalb der Praxisöff-nungszeiten in der Woche, am Wochenende und an Feiertagen) sowie haus- und fachärztli-chen Versorgungsangeboten ist nicht mehr ausreichend.

Durch diesen schon jetzt akuten Mangel kommt dem Klinikum Links der Weser ein immer wei-ter steigender Stellenwert hinsichtlich der heutigen und zukünftigen medizinischen Angebote zu.

Jüngst feierte das Klinikum Links der Weser sein 50-jähriges Bestehen. Für den Beirat ein An-lass zur Freude und Anstoß zur Frage: „Wie geht es weiter mit dem Klinikum Links der We-ser?“.

- Gibt es eine Bestandsgarantie, auch nach den Bürgerschaftswahlen 2019?
- Wie wird sichergestellt, dass die Menschen in Obervieland auch weiterhin, mindestens in dem jetzigen Umfang von dem medizinischen Angebot des Klinikum profitieren?
- Welche medizinischen Fakultäten werden am Klinikum Links der Weser zukünftig vorgehalten?
- Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um das Klinikum Links der Weser für die nächsten 50 Jahre zukunftssicher aufzustellen?

Der Beirat Obervieland fordert die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz daher auf sicher zu stellen,

1. dass das Klinikum Links der Weser auch zukünftig für die Menschen in Obervieland, Bremen und darüber hinaus, zur Verfügung steht,
2. dass die notwendig gewordenen Investitionen (Bauzielplanung), zum Erhalt und Ausbau des Klinikums zur Erfüllung des Versorgungsauftrages, nach neuesten technischen und medizinischen Ansprüchen erfolgt (Diese Planung muss spätestens zum Jahreswechsel 2018/19 einer konkreten Umsetzung zugeführt werden),

3. dass auch weiterhin ein wohnortnahes, am tatsächlichen Bedarf der Patientinnen und Patienten des Stadtteils ausgerichtetes, medizinisches Angebot vorgehalten wird und
4. dass für die medizinische Versorgung immer ausreichend Fachpersonal zur Verfügung steht.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung

gez. Radolla

Michael Radolla
(Ortsamtsleiter)